

Öffentliche Bekanntmachung

des Amtes Geest und Marsch Südholstein

für die Zweckverband Integrierte Station Unterelbe

- über die Sitzung der Verbandsversammlung Integrierte Station Unterelbe
- am Montag, den 28.08.2023 um 19:30 Uhr
- im Amt Geest und Marsch Südholstein, Wedeler Chaussee 21, 25492 Heist, Sitzungssaal im 2. OG

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit durch den amtierenden Verbandsvorsteher
- 2 Feststellung des Mitgliedes mit der längsten Zugehörigkeitsdauer zur Verbandsversammlung unter Leitung des amtierenden Verbandsvorstehers
- 3 Wahl der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers unter Leitung des Mitgliedes mit der längsten Zugehörigkeitsdauer zur Verbandsversammlung (bereits erfolgt am 14.07.2023)
- 4 Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der/des neu gewählten Verbandsvorsteherin/Verbandsvorstehers
- 5 Wahl der 1. stellvertretenden Verbandsvorsteherin oder des 1. stellvertretenden Verbandsvorstehers unter Leitung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers
- 6 Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der/des neu gewählten 1. stellvertretenden Verbandsvorsteherin/Verbandsvorstehers
- 7 Wahl der 2. stellvertretenden Verbandsvorsteherin oder des 2. stellvertretenden Verbandsvorstehers unter Leitung der Verbandsvorsteherin oder des Verbandsvorstehers
- 8 Verpflichtung, Ernennung und Vereidigung der/des neu gewählten 2. stellvertretenden Verbandsvorsteherin/Verbandsvorstehers
- 9 Verpflichtung der Mitglieder der Verbandsversammlung durch den/die Verbandsvorsteher/in
- 10 Einwohnerfragestunde
- 11 Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung der Verbandsversammlung

- 12 Mitteilungen des Verbandsvorstehers
- 13 Bericht aus der Station (Frau Heim)
- 14 Bericht des TiMuG
- 15 Verschiedenes
- 16 Beitrags-, Grundstücks- und Steuerangelegenheiten

Amt Geest und Marsch Südholstein
Der Amtsdirektor

gez. Wulff

Unter Punkt 10 können Fragen zu Beratungsgegenständen oder anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft gestellt und Vorschläge oder Anregungen unterbreitet werden. Das Fragerecht steht allen Einwohnerinnen und Einwohnern zu.